

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Sicherheit

6

Die EU-Waffenrichtlinie kostet uns Freiheit und Sicherheit



Strafrecht

11

Zunahme der Gewalt und Drohung gegen Behörden



Integrationsträume

14

Die Schönredner und Zahlenjongleure im Asylwesen



SVP Schweiz hat Stimmfreigabe beschlossen. Entscheiden Sie!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS) annehmen?

Antwort

Wollen Sie die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» annehmen?

Antwort

NEIN

Die SVP in den Schweizer Medien



Das Wort des Parteipräsidenten



Schweizer sollen nicht mehr hinten anstehen

Die Reform der Unternehmenssteuern ist für sichere Arbeitsplätze der grossen, weltweit tätigen Unternehmen wichtig. Trotzdem wurde gerade auch von vielen SVP-Wählern die Vorlage an der Urne abgelehnt. Dies weil man befürchtete, die Kantone würden zur Kompensation tieferer Unternehmenssteuern die einfachen Frauen und Männer in unserem Land stärker belasten.

Diese Stimmungslage ist nachvollziehbar, nachdem generell immer mehr zugunsten der Ausländerinnen und Ausländer getan wird. So erhalten etwa Wirtschaftsmigranten vom Sprachkurs bis zum Zahnarzt ohne zu arbeiten alles entschädigt, während der Mittelstand, unsere Familien und KMU, immer mehr zu berappen haben und dann erst noch um ihre Arbeitsplätze und Renten fürchten müssen.

Die SVP hat immer gefordert, die Finanzierung der AHV-Renten rasch zu sichern. Wird wie vorgeschlagen die Sanierung der AHV mit 2,1 Milliarden Franken in die Steuervorlage eingebaut, so ist es für uns eine klare Sache, dass die unbestrittene Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre ebenfalls in die Vorlage aufgenommen werden muss. Damit könnten jährlich weitere 1,2 Milliarden Franken der finanziellen Sicherung der AHV zugutekommen. Auf eine unsoziale Erhöhung der Mehrwertsteuer könnte somit vorerst verzichtet werden.

Für mich ist ebenfalls notwendig, dass wir künftig noch mehr Mittel vom Bund in die AHV umleiten. Bei drei Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe und über zwei Milliarden für das Asylwesen, geben wir alleine auf Bundesebene total gleich viel aus für die Ausländer, wie für unsere ganze Armee. Es scheint mir an der Zeit, verstärkt an unsere eigenen Leute zu denken.

Alfred Heer

Ruedi Eberle wird «Säckelmeister» in Appenzell

Zur Ersatzwahl eines Regierungsrats in Appenzell Innerrhoden traten drei Kandidaten an. An der Landsgemeinde musste deshalb dreimal ausgemehrt werden, bis die Wahl klar war. Ruedi Eberle ist der erste SVP-Regierungsrat in Appenzell Innerrhoden.



Ruedi Eberle ist 51 Jahre alt und wohnt mit seiner Frau Vreni und den drei Töchtern in Gonten. Nach der obligatorischen Schulzeit in Mels absolvierte er eine landwirtschaftliche Ausbildung, die er 1994 mit der landwirtschaftlichen Meisterprüfung abschloss. Ab 1996 bildete sich Eberle in Deutschland erst zum Greenkeeper und dann zum Golfbetriebsmanager weiter.

Diese Ausbildungen ergänzte er mit verschiedenen Managementseminaren und -kursen, unter anderem am Institut für Gewerbliche Wirtschaft (IGW/HSG). Heute ist Ruedi Eberle Geschäftsführer und VR-Präsident

der Golf Gonten AG mit 20 Mitarbeitenden. Politisch engagiert sich Ruedi Eberle seit 2003 im Grossen



SVP-Regierungsrat Eberle im Kreis seiner Familie.

Rat sowie im Bezirksrat Gonten, wo ihn die Bezirksgemeinde vor fünf Jahren zuerst zum stillstehenden und später zum regierenden Hauptmann wählte. Im Grossen Rat wurde er gleich zu Beginn in die Staatswirtschaftliche Kommission gewählt, seit 2005 ist er zudem Mitglied des Büros des Grossen Rates, derzeit als erster Stimmenzähler.

Ruedi Eberle engagiert sich seit 1999 in der SVP Appenzell Innerrhoden, erst als Parteisekretär, seit 2007 als Vizepräsident. Zudem war er Präsident von Gastro Appenzellerland, Präsident und Offizier der Feuerwehr Gonten, Vorstandsmitglied von Appenzellerland Tourismus sowie Vorstandsmitglied des kantonalen Gewerbeverbandes.

Marianne Lienhard schafft Wiederwahl in Glarus souverän

Marianne Lienhard gehört seit den Gesamterneuerungswahlen 2014 der Regierung des Kantons Glarus an. Sie leitet das Departement Volkswirtschaft und Inneres, das etwa für die Wirtschaftsförderung, die Landwirtschaft oder das Sozialwesen zuständig ist. Am 4. März 2018 wurde sie souverän wiedergewählt.



Marianne Lienhard ist 2006 als Elmer SVP-Vertreterin in den Landrat gewählt worden. Sie ist 49 Jahre alt und lebt mit ihrem Mann Jakob in Elm. Von Beruf ist Lienhard

Fachfrau Finanz und Rechnungswesen mit eidg. Fachausweis. Sie absolvierte eine kaufmännische Lehre bei den Mineralquellen Elm, liess sich danach zur Lehrmeisterin und Prüfungsexpertin im Finanz- und Rechnungswesen weiterbilden. Vor ihrer Wahl in den Regierungsrat

war Marianne Lienhard Geschäftsführerin eines Beratungs- und Verwaltungsunternehmens.

Zu ihren Hobbies zählt die SVP-Regierungsrätin die Harmoniemusik (Aktivmitglied der Harmoniemusik Elm), das Wandern und natürlich Skifahren.



Vorteil Kia 4x4 Power



SPORTAGE
4x4 ab CHF 30'950.-*



SORENTO
4x4 aut. ab CHF 41'750.-



The Power to Surprise



Abgebildetes Modell: Kia Sportage GT-Line Style 1.6 T-GDi 4x4 aut. mit 7-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) (inkl. Optionen: GT-Line-Pack CHF 5'000.-, Panoramaglasdach CHF 1'750.- und Metallic-Lackierung CHF 750.- = CHF 7'500.-) (CHF 45'450.- abzüglich Sonderprämie von CHF 1'500.-) CHF 43'950.-, 7,5 l/100 km, 175 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse G, CO₂-ETS 40 g/km, Kia Sportage Trend 1.6 T-GDi 4x4 man. (*CHF 31'950.- abzüglich Sonderprämie von CHF 1'000.-) CHF 30'950.-, 7,6 l/100 km, 177 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse G, CO₂-ETS 40 g/km. Die Aktion ist gültig auf gekennzeichnete Fahrzeuge bis 30.6.2018 oder solange Vorrat.
Abgebildetes Modell: New Kia Sorento GT-Line Style 2.2 CRDi 4x4 aut. mit 8-Stufen-Automatik 5-Plätzer (inkl. Optionen: GT-Line-Pack CHF 3'950.-, Panoramaglasdach CHF 1'750.- und Metallic-Lackierung CHF 850.- = CHF 6'550.-) CHF 61'500.-, 6,5 l/100 km (Benzinäquivalent 7,4 l/100 km), 170 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse F, CO₂-ETS 29 g/km, New Kia Sorento LX 2.2 CRDi 4x4 aut. mit 8-Stufen-Automatik CHF 41'750.-, 6,2 l/100 km (Benzinäquivalent 7,1 l/100 km), 164 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse F, CO₂-ETS 28 g/km. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 133 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). CO₂-ETS = CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder Strombereitstellung.



NEW PICANTO



NEW RIO



NEW STONIC



SOUL EV



VENGA



CEE'D



CEE'D SPORTSWAGON



CARENS



NEW OPTIMA PLUG-IN HYBRID



NEW NIRO



NEW STINGER

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung

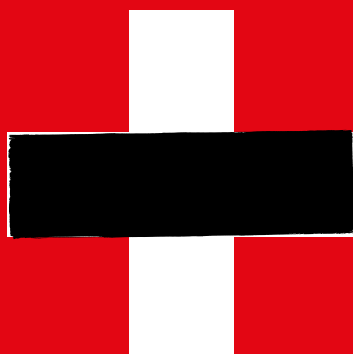
<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



In der Schweiz INTERNET-ZENSUR einführen um Casino-Gewinne zu schützen?

Internet-Sperren nützen nichts – und treffen zudem die Falschen: Denn wer will, kann die Sperren relativ einfach illegal umgehen, was zu einem regen Geldspiel-Schwarzmarkt führen wird. **So entgehen künftig zusätzliche Steuereinnahmen für die AHV in Millionenhöhe.** Das Gesetz löst also keine Probleme, sondern schafft nur neue. Wir fordern deshalb ein besseres Gesetz. **Infos auf gsg-nein.ch**

NEIN
ZU INTERNET-SPERREN

NEIN
ZUM GELDSPIELGESETZ

Mit Vollgas ins Ungewisse?



riskant, teuer, schädlich

Vollgeld-Initiative
Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch

Kein Land der Welt hat seine Geldpolitik derart massiv verändert und ein Vollgeldsystem installiert. Die Schweiz muss dieses Hochrisiko-Experiment ablehnen.

Die Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik unseres Landes. Durch die Vollgeldinitiative aber wäre sie gezwungen, jährlich eine zweistellige Milliardensumme zu verschenken. Tritt nun der Fall ein, dass die Geldmenge verringert werden muss, weil die Teuerung stark zunimmt, lassen sich die ausgeschütteten Gelder nicht mehr zurückholen. Die Vollgeldinitiative schwächt die SNB in gefährlicher und unverantwortlicher Art und Weise.

Arbeitsplätze betroffen

Als KMU- und Gewerbepolitikerin weiss ich, dass gute Rahmenbedingungen und die wirtschaftliche Freiheit überlebensnotwendig sind. Die Wirtschaftsfreiheit wird angegriffen. Das macht unseren Arbeitsplatz unattraktiv, auch gegenüber allen Nachbarländern. Sie haben die Probleme eines Vollgeldsystems nicht.

Die Kreditvergabe war bis jetzt ein

berechenbares und transparentes Modell, beruhte auf gegenseitigem Vertrauen zwischen Banken, Unternehmen und Privaten, und hat sich bewährt. Die Banken konnten auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen und entsprechende

Es sei erlaubt sich Gedanken zu machen und andere Systeme zu studieren, warum nicht? Dies darf aber nicht dazu führen, dass in der Bundesverfassung Experimente verankert werden, sie gehören in die Abteilung „Versuchslabor“ !

« Als KMU- und Gewerbepolitikerin weiss ich, dass gute Rahmenbedingungen und die wirtschaftliche Freiheit überlebensnotwendig sind. »

Investitionen finanzieren. Mit der Initiative wird diese Möglichkeit ausgehebelt.

Die Schweiz als Versuchslabor?

Bereits ist klar, dass mit der Vollgeldinitiative auch kleinere und mittlere Regionalbanken hart getroffen werden. Künftig müssen sie alle Kredite hundertprozentig durch bestehendes Geld vorfinanzieren. Damit werden sie ihres Kerngeschäftes, nämlich des Zinsgeschäftes, beraubt.

Deshalb lehnen Gewerbe- und Wirtschaftsverbände, alle grossen Parteien und der Bundesrat diese schädliche Initiative ab. Stimmen auch Sie NEIN. Danke.

von Nationalrätin
Sylvia Flückiger
Schöftland (AG)



Die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie kostet uns Freiheit und Sicherheit

Die EU-Waffenrichtlinie wurde nach den Terroranschlägen in Brüssel und Paris mit der Absicht erarbeitet, solche Attacken künftig zu verhindern. Dieses Ziel kann mit den neuen Verschärfungen aber nicht erreicht werden. Auch mit der von Bundesrätin Simonetta Sommaruga erarbeiteten Übernahme des EU-Rechts in Schweizerisches Recht wird kein einziges Terrorattentat verhindert. Die zahlreichen administrativen Auflagen werden die Sicherheitsorgane sogar von der wesentlichen Arbeit ablenken, weil sie vermehrt mit Papierkram beschäftigt sein werden. Zu mehr Sicherheit wird die EU-Entwaffnungsrichtlinie in der Schweiz also nicht führen.

von Nationalrat Beat Arnold (UR)

Sowohl die EU-Waffenrichtlinie als auch der Gesetzesentwurf des Bundesrats verfehlen das ursprüngliche Ziel. Ohne auf jeden Artikel des Gesetzes einzugehen, geht es hier um ein grundsätzliches Problem der Politik in Bern. Die SVP wehrt sich gegen diese massiven Verschärfungen des

mehr Formulare prüfen und ausfüllen müssen und so fehlen sie draussen, wo sie für die Sicherheit unserer Bevölkerung sorgen sollten. Daraus folgt, dass wir weniger, nicht mehr Sicherheit haben werden. Mit dem Gesetzesentwurf kann das Ziel, den Terrorismus zu bekämpfen, also nicht erreicht werden.

Schengen hat.

Es ist wohl wahr, dass diese Waffenrichtlinie eine direkte Folge des Schengen-Abkommens ist. Und dieses Abkommen sieht die sog. «dynamische» Rechtsübernahme vor, wie sie die EU mittels Rahmenabkommen nun auch für die bilateralen Verträge einführen will.

Aber wie wäre es wohl, wenn der Bundesrat hinstehen würde und in Brüssel erklärt, dass unser Waffengesetz streng genug ist und die Schweiz die Vorgaben erfüllt!? Denn schon jetzt zeigt sich, dass der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), d.h. fremde Richter über unser Waffenrecht entscheidet, da Tschechien über eine Ausnahmebestimmung im Schweizer Recht geklagt hat. Wenn wir diese Fremd-



« Die EU-Waffenrichtlinie hindert keinen einzigen Terroristen oder Verbrecher an einer Tat, diese benützen keine legalen und registrierten Waffen. Der Bürokratiewahnsinn, der hier kreiert wird, wird aber Polizisten von der Front an die Schreibtische abziehen – das ist kontraproduktiv! »

von Nationalrätin **Barbara Keller-Inhelder**, Rapperswil (SG)

Waffenrechts. Die Polizeikommandanten, wie auch ein Grossteil der Kantone wehren sich gegen diese Vorlage. Aber warum, wenn es ja für die Terrorismusbekämpfung helfen soll? Genau dort liegt der Ursprung des Problems. Die Polizei hat hinten raus die ganze Arbeit zu machen. Es gibt einen massiven administrativen Mehraufwand. Die Polizisten werden in Zukunft noch

Nicht mehr Sicherheit, aber weniger Freiheit

Doch nicht nur bei unserer Sicherheit werden wir Abstriche machen müssen, sondern auch bei unserer Freiheit und Souveränität. Alle anderen Parteien, inkl. Wirtschaftsverbände, wollen uns einmal mehr weismachen, dass wir gar nicht anders können, weil dieses Gesetz einen direkten Zusammenhang mit

bestimmung akzeptieren, zeigt sich, dass «dynamisch» nichts anderes bedeutet als «automatisch»!

Die Täter sind das Problem, nicht die Waffen

Bei der ganzen Diskussion wird vergessen, dass nicht Schusswaffen töten oder der Grund eines Amoklaufes sind. Menschen sind es. Verrückte aller Arten und Verbre-



Die zahlreichen administrativen Auflagen werden die Sicherheitsorgane sogar von der wesentlichen Arbeit ablenken, weil sie vermehrt mit Papierkram beschäftigt sein werden. Zu mehr Sicherheit wird die EU-Entwaffnungsrichtlinie in der Schweiz nicht führen.

cher. Hier in Europa gelten grösstenteils äusserst strenge Waffengesetze. Trotzdem sind Amokläufe und Terroranschläge keine Seltenheit mehr. Wie wir aber alle festgestellt haben, bleiben die Terroristen nicht bei Schusswaffen. LKW, Kleinbusse und Messer werden für die Durchführung von Terroranschlägen eingesetzt.

Die Verrückten, Irren, Wahnsinnigen, Mörder, Vergewaltiger, Amokläufer und Terroristen kann man nicht einfach mit strengen Waffengesetzen verhindern.

Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass eine freie, wohlhabende Welt friedlicher ist als eine despotische, eine arme. Wenn die Menschen mehr Möglichkeiten haben,

wie sie ihr Leben führen wollen, haben sie weniger das Verlangen, ihr Leben und das anderer wegzuworfen.

Sind Freiheit und Wohlstand die endgültigen Antworten gegen Gewalt? Sicherlich nicht. Aber eine liberale Welt wäre eine Voraussetzung, dass Amokläufe, Morde und andere Gewalttaten wieder Seltenheit statt Normalität werden.

von Nationalrat
Beat Arnold
Schattdorf (UR)



AUSZÜGE AUS DER VERNEHMLASSUNG

Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr

«Wir vertreten [...] die Meinung, dass die Übernahme der [...] EU-Waffenrichtlinie kaum zur Verhinderung von Straftaten beitragen wird. Insbesondere terroristische Anschläge mit Feuerwaffen, die oftmals minutiös geplant werden, dürften durch das angestrebte Regelwerk nicht verhindert werden können. Die vorgesehene Übernahme der EU-Waffenrichtlinie dürfte damit vor allem zu erhöhtem bürokratischem Aufwand und vermehrten Kosten bei geringstem zu erwartenden Ertrag führen.»

Schweizerischer Gewerbeverband

«Seit dem Jahr 1999 verschärft die Schweiz ihr Waffenrecht kontinuierlich. Und das obschon sich das Volk und die Stände in einer Abstimmung deutlich dagegen geäussert haben. Behörden, Anwenderinnen und Anwender haben Mühe, die fortlaufenden Verschärfungen umzusetzen. Die Verschärfungen treffen stets die Verantwortungsbewussten – indes ist der Nutzen für die Begegnung illegaler Praktiken bisher unbelegt geblieben. Die Sicherheit wird nicht dadurch verbessert, wenn Vorschriften gemacht werden, deren Umsetzung immer komplizierter und teurer werden.»

Swiss Olympics

«Bei der Vorlage handelt es sich unserer Ansicht nach – statt um eine wie vom Bundesrat angekündigte pragmatische Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie – um eine relevante Verschärfung des heutigen Waffenrechts, welche zu massiven Einschränkungen für den Schweizer Schiesssport führen würden.»

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000
| Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, www.maxpixel.net, SVP Schweiz

Erhalten, was das Volk erhalten wollte

Beim Geldspielgesetz geht es nicht um einen Eingriff in die Internetfreiheit, sondern um eine ganz einfache Frage: Sollen wir mit Erträgen aus dem Geldspiel unsere Vereine, Sportler, Museen, Zoos oder Theater weiterhin unterstützen können? Oder sollen diese Gelder künftig vermehrt ins Ausland abfliessen?

Vor sechs Jahren hat das Schweizer Volk gesagt, dass und wie es das Geldspiel regeln will. Es hat mit einer Verfassungsänderung bestimmt, dass die Reinerträge aus dem Geldspiel «vollumfänglich» gemeinnützigen Zwecken in unserem Land zu Gute kommen sollen, also für Kultur, Soziales und Sport. Und das mit 87 Prozent Ja.

Ausländische Geldspielanbieter profitieren auf Kosten der Allgemeinheit

Der Entscheid war deutlich wie selten. Diesen Willen des Souveräns gilt es nun umzusetzen, mit dem Geldspielgesetz. Das wollen die Referendumsführer mit finanzieller Hilfe ausländischer Online-Geldspielanbieter verhindern. Ihr Ziel ist klar: Sie wollen noch mehr Gewinne in Offshore-Standorte wie Malta und Gibraltar abziehen. Das heisst: Es würde immer weniger Geld für gemeinnützige Projekte zur Verfügung stehen, die unserem Land zu Gute kommen und die Haushalte von Kantonen und Gemeinden entlasten.

Ausländische Geldspielanbieter zahlen nichts in den Lotteriefonds ein

Um einige Beispiele zu nennen: Ohne diese Gelder gäbe es den Zürcher Zoo nicht so wie heute, das Zürcher Kunsthhaus könnte keine Erweiterung bauen, das Zürifest

Warum ein Geldspielgesetz?



Geldspiel ist kein normales Gut –
deshalb ist es weltweit streng reguliert



Eidg. Abstimmung im März 2012:
87% JA zu Art. 106 in der Bundesverfassung

vermöchte nicht die halbe Schweiz anzulocken und auf dem Zürichsee gäbe es keine Raddampfer mehr. Ganz zu schweigen von den unzähligen Vereinen, Sportlern, Theatern, Bräuchen und Festen in der ganzen Schweiz, die von den Geldern aus den kantonalen Lotteriefonds profitieren. Das alles fördert den Zusammenhalt unseres Landes.

Auch im Internet müssen Regeln gelten

Nun stören sich die Gegner an den Internetsperren für ausländische Anbieter. Man könne diese auch anderswie dazu bringen, Abgaben zu leisten, behaupten sie und sprechen von einem Eingriff in die Internet-Freiheit. Beide Argumente sind unglaublich. Wären die ausländischen Geldspielkonzerne an mehr als nur ihrem Profit interessiert, hätten sie ihren Sitz nicht in Gibraltar und Malta. Anders als mit Sperren können wir sie dort nicht packen.

Und schon heute ist im Internet nicht alles erlaubt, was sich kleine Interessengruppen wünschen. Das Volk hat 2012 zudem ausdrücklich auch eine Regelung für das Internet verlangt.

Deshalb: Hände weg von Experimenten und Ja zur bewährten schweizerischen Tradition des geregelten Geldspiels, einer gemeinnützigen Gewinnverwendung und Spielsucht-Bekämpfung.

von Regierungsrat
Ernst Stocker
Wädenswil (ZH)



In der Herbstsession 2017 hat der Ständerat mit 43 zu 1 Stimme das neue Geldspielgesetz angenommen. Der Gewinne von weniger als einer Million Franken von der Steuer befreit werden. Ausserdem sollen ausländischgangskontrollen sollen Minderjährige vor entsprechenden Angeboten schützen. Im Anschluss an die Abstimmung Grünliberalen, Junger SVP und Jungen Grünen, das Referendum gegen die Gesetzesrevision zu ergreifen.

Der Parteivorstand der SVP Schw

Internet-Zensur und Lobby-Politik

Das Geldspielgesetz wurde nicht von demokratisch gewählten Volksvertreter geschrieben, sondern von der Casino-Lobby gleich selber. Verbesserungsvorschläge der Rechtskommission wurden von der Geldspiel-Lobby diskussionslos abgeschmettert. Stattdessen verteilten sie den willfährigen Politikern einfach Listen, wie man im Parlament abstimmen soll. Das ist undemokratisch und brandgefährlich.

Wem wirklich wichtig ist, dass Erträge für das Gemeinwohl, für AHV, Sport und Kultur erhalten bleiben; dann gibt es nur eine Antwort: Nein zum Geldspielgesetz!

Denn das neue Gesetz ermöglicht, dass Spielerträge auch im Ausland verwendet werden können.

Zudem zeigen die Erfahrungen anderer Länder, dass viel höhere Erträge erzielt werden, wenn auch internationale Anbieter in der Schweiz besteuert und kontrolliert werden können.

Geldspielgesetz vom 29. September 2017

Art. 127 Gewährung von Beiträgen

⁵ Die Kantone können einen Teil der Reingewinne für interkantonale, nationale und internationale gemeinnützige Zwecke verwenden.

neu

Die Schweiz profitiert als international vernetzte, hoch entwickelte Volkswirtschaft besonders von einem frei zugänglichen Internet. Diese Offenheit darf nicht für Brancheninteressen der heimischen Casinos geopfert werden. Netzsperrern sind ein schwerer Eingriff in die Wirtschafts- und Informationsfreiheit. Sie schaden dem Wirtschafts- und Forschungsstandort. Diesen Dammbruch dürfen wir nicht akzeptieren. Sonst werden weitere Einschränkungen der Freiheit und zusätzliche Sperren folgen.

Alle besteuern

Völlig absurd sind die Argumente der

Ja-Seite. Mehr Geld für Sport, Kultur und AHV gäbe es mit einem Modell, in welchem auch die ausländischen Anbieter zugelassen, aber streng kontrolliert und besteuert werden. Selbst die Eidgenössische Spielbankenkommission lehnte das protektionistische Modell ab. Die intelligente Alternative: Das internationale und nationale Angebot nach Schweizer Auflagen konzessionieren und besteuern (für AHV/IV), so wie es der Grossteil der europäischen Staaten erfolgreich tut.

Für die Freiheit

Die Schweiz steht heute so erfolgreich da, weil sie frei und demokra-

tisch ist. Darum sagen unbestechliche Politiker von links bis rechts Nein zum Geldspielgesetz. Zensur und Korruption sind keine Alternative zu Freiheit und Demokratie.

von Nationalrat
Lukas Reimann
Wil (SG)



Nationalrat stimmte dem Gesetz mit 124 zu 61 Stimmen zu. Das neue Gesetz sieht unter anderem vor, dass Online-Spielangebote in der Schweiz gesperrt werden, um den Geldabfluss ins Ausland zu verhindern. Zustimmung im Parlament beschloss ein Komitee aus Vertreterinnen und Vertretern von Jungfreisinnigen, Jungen

weiz hat Stimmfreigabe beschlossen.

Achtung:

Illegale ausländische Geldspiel-Haie gefährden unsere gemeinnützige Schweiz!



Ausländische Geldspiel-Haie aus so dubiosen Offshore-Standorten wie Malta und Gibraltar bieten in der Schweiz **illegale Online-Geldspiele** an. Damit missachten sie Schweizer Gesetze.



Die Geldspiel-Haie **zügeln bereits jetzt jährlich 250 Millionen Franken aus der Schweiz ab**. Das ist illegal.



Auf diese 250 Millionen Franken zahlen die Geldspiel-Haie keine Mehrwertsteuer und keine Abgaben an die AHV, Sport und Kultur. **Dieses Geld fehlt uns in der Schweiz!**



Das neue **Geldspielgesetz schützt unser Land** vor den ausländischen Geldspiel-Haien. Es sorgt dafür, dass weiterhin **jedes Jahr rund eine Milliarde Franken an die AHV, an Sportvereine sowie an unsere Volkskultur fließt**.

Deshalb:



**zum
gemeinnützigen
Geldspielgesetz**

Nur zögerliche Anpassungen im Strafrecht von Bundesrätin Sommaruga

Widerwillige Überarbeitung der Höchst- und Mindeststrafen durch Sommaruga. Seit 2012 wird die Überarbeitung durch die linke Bundesrätin verschleppt, nachdem diese sich gar 2017 weigern wollte eine Überarbeitung der Strafen vorzunehmen.

Auf Druck der SVP hin ist mittlerweile wieder Bewegung in die Sache gekommen. Der Bundesrat stellte jüngst seine unbefriedigende "Vision" von angemessenen Strafen vor: Im Grundtatbestand bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte verzichtet dieser auf eine Erhöhung der Strafen! Dies ist nicht hinnehmbar.

Brutale Böller-, Prügel-, Steinwurf-, Laserpointer-, Glasflaschen-, Pyroattacken gegen Beamte

Die jüngsten Ereignisse am Rande von Fussballspielen sind für Polizisten und Beamte lebensgefährlich. So warf ein Fussballchaot am 10. Mai 2018 bei einem Spiel zwischen dem FC Aarau und Rapperswil-Jona einen Knallkörper gegen zwei Polizisten.

Diese erlitten ein Hörtrauma, einer faustgrosse Brandverletzung am Rücken. Schon tags zuvor ist es bei einem Fussballspiel zwischen Sion und den Grasshoppers zu einem Angriff auf zwei Polizisten gekommen, einer davon musste ins Spital.

Die traurige Realität ist: Polizisten sind Opfer von Gewalt und Drohungen durch Kriminelle, gewalttätige Demonstranten (an den schon "normalen" Strassenschlachten), Hooligans, Alkoholisierte oder durch "schlecht gelaunte" Personen.

Strengere Bestrafung von Gewalttätern ist die Voraussetzung für eine Kehrtwende

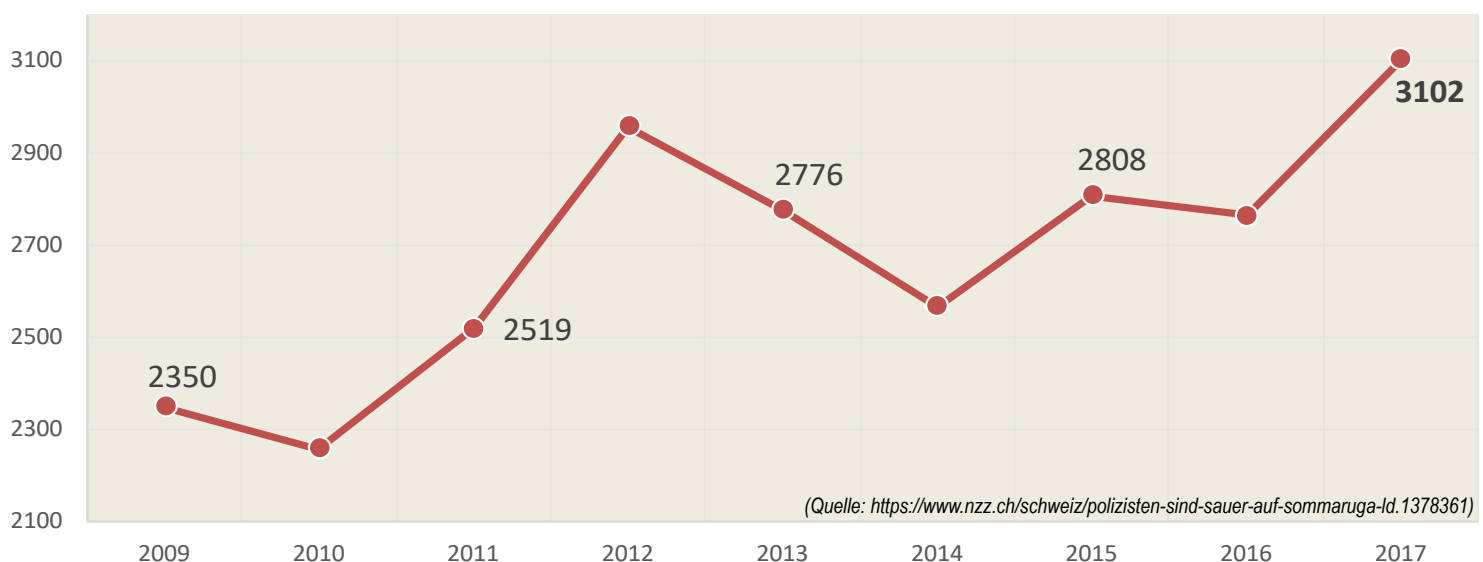
Für die SVP ist die Marschrichtung klar: Potentielle Täter müssen abgeschreckt werden und Gesetzesver-

stösse müssen hart geahndet werden. Der gelebte Täterschutz ist zugunsten des Opferschutzes aufzugeben. Für den Schutz der Beamten ist die Vorlage des Bundesrates mehr als ungenügend. Bei Gewalt und Drohung gegen Beamte müssen in Zukunft konsequent Haftstrafen in Betracht gezogen werden können.

von Nationalrätin
Andrea Geissbühler
Bäriswil (BE)



Stetige Zunahme der Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte



Polizeilich registrierte Straftaten gemäss Strafgesetzbuch (Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte)



Wer internationales Recht über die Bundesverfassung stellen will, gibt die direkte Demokratie auf.

Unsere direkte Demokratie aufgeben?

Immer wieder werden Volksentscheide nicht umgesetzt, weil dies aufgrund „internationaler Bestimmungen“ angeblich nicht möglich sei – eine unappetitliche Zeiterscheinung. Wer internationales Recht über die Bundesverfassung stellen will, gibt die direkte Demokratie auf. Wenn Volksabstimmungen aufgrund „höheren“ Rechts zur Farce werden, heisst dies: Die Stimmbürger haben nichts mehr zu sagen. Hier setzt die Selbstbestimmungsinitiative an: Sie will unsere Rechtsordnung stärken und so für zuverlässige, stabile Rahmenbedingungen sorgen. Dies ist für die Wirtschaft und den Standort Schweiz von elementarer Bedeutung.

von Nationalrat Gregor Rutz, Mitglied Staatspolitische Kommission

Bewährte Volksrechte

Ein Schweizer kann in einem Jahr öfter abstimmen als ein Franzose in seinem ganzen Leben. Unsere De-

mokratie hat sich bewährt: Nirgendwo auf der Welt leben verschiedene Sprachen und Kulturen so friedlich zusammen wie in der Schweiz. Un-

ser System basiert auf bewährten Regeln. Wir können jederzeit alle politischen Fragen diskutieren, die sich stellen. Volksinitiativen dürfen zu allen Themen lanciert werden, solange sie nicht gegen zwingende Bestimmungen des Völkerrechts (z.B. Sklaverei- und Folterverbot) verstossen.

Initiativrecht darf nicht beschnitten werden

Initiativen, die Spannungsfelder mit übrigem, nicht zwingenden Völkerrecht eröffnen, sind gültig. Dies muss so sein, denn sonst könnte man zu vielen Themen gar keine



Initiativen mehr lancieren. Neuere Volksentscheide müssen zwingend Vorrang haben vor älteren völkerrechtlichen Bestimmungen, über die nie abgestimmt wurde – nur so bleibt demokratische Mitwirkung möglich.

Demokratie erfordert Dauervorbehalt

Economiesuisse behauptet, man könne nicht alle internationalen Verträge „unter Dauervorbehalt“ stellen. Wer so etwas sagt, hat nicht begriffen, wie eine Demokratie funktioniert. Denn die Demokratie ist quasi das „System des Dauervorbehalts“:

Es kann und darf nie etwas für immer beschlossen werden. Sonst würden ja künftige Generationen ihrer demokratischen Rechte beraubt. Es gehört

zum Wesen der Demokratie, dass alles immer zur Diskussion gestellt werden kann.

Volksentscheide mit Völkerrecht aushebeln?

Wer heute einen politischen Vorstoss bekämpfen will, muss nur behaupten, das betreffende Anliegen widerspreche dem Völkerrecht. So hat er den Zuspruch von Medien und Gerichten. „Völkerrecht vor Volksrecht“ ist eine gängige Parole bei den Linken: Demokratie soll nur so weit gelten, als keine angeblich übergeordneten Bestimmungen einem Volksentscheid widersprechen.

Stimmvolk garantiert Grundwerte
Dabei sind Demokratie und Rechts-

staat keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Es war der Souverän, der als oberste Instanz die schweizerische Rechtsordnung geschaffen hat. Warum soll das Volk plötzlich nicht mehr in der Lage sein, diese Werte auch künftig zu schützen?

von Nationalrat
Gregor Rutz
Zürich (ZH)



Samstag
26. Mai 2018

Nationaler Unterschriften- Sammeltag

Massive Zuwanderung stoppen!

**Jetzt
Begrenzungs-
Initiative
unterschreiben.**

Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz! Aufgrund der masslosen Zuwanderung wird aber eine Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern in 15 Jahren Realität sein. Es gibt nur einen Weg, sich dagegen zu wehren: Sammeln Sie Unterschriften für die Begrenzungsinitiative! Am Samstag, 26. Mai 2018 findet ein nationaler Sammeltag statt. Werben Sie mit uns und sammeln Sie in Ihren Orts- und Bezirkssektionen. Die SVP zählt auf Sie!

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2018

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch



Sommarugas «Integrationsagenda» hat einen Schönheitsfehler: Die Realität!

Schönredner und Zahlenjongleure im Asylwesen

Heute zahlt der Bund den Kantonen zusätzlich zu allen anderen Kosten für jeden anerkannten Flüchtling oder vorläufig Aufgenommenen eine einmalige Integrationspauschale von 6000 Franken. Asylministerin Sommaruga will diesen Betrag auf 18'000 Franken aufstocken. Diese Erhöhung kostet die Steuerzahlenden 132 Millionen Franken. Bundesrätin Sommarugas «Integrationsagenda» weist aber einige erhebliche Schwächen auf.

von Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Prinzip «heute investieren, morgen sparen» funktioniert im Asylwesen nicht

Die Medien haben Sommarugas «Integrations-Masterplan» (20min) mit Begeisterung aufgenommen. Einmal mehr gehen sie dabei dem Argument auf den Leim, dass mit heute getätigten Mehrausgaben morgen Einsparungen gemacht werden können. Was in der Theorie gut tönt, funktioniert in der Praxis leider kaum je. Oder wo sind denn die grossen Ein-

sparungen im Asylbereich Tatsache geworden? Seit Frau Sommaruga das Amt übernommen hat, sind die Kosten im Asylwesen auf Bundes-

1.9 Milliarden Franken im Jahr 2018 gestiegen. Dazu kommen Milliardenkosten für die Kantone und Gemeinden.

Integration kein Ziel bei vorläufig Aufgenommenen

Die Integrationsagenda bezieht auch die stets wachsende und grosse Anzahl der «vorläufig Aufgenommenen» ein.

Mit begriffsverzerrender Selbstverständlichkeit geht Frau Sommaruga davon aus, dass die „vorläufig

« Die sehr hohe Sozialhilfequote in Verbindung mit der Erwerbsquote weist darauf hin, dass wohl viele Flüchtlinge etwas arbeiten, sie aber dennoch sozialhilfeabhängig bleiben. »

ebene von knapp 800 Millionen im Jahr 2011 auf voraussichtlich über

Aufgenommenen“ für immer in der Schweiz bleiben. Das hat mit «vor-

läufig» nichts zu tun und ist falsch. Die Aufenthaltsbewilligung F (vorläufig Aufgenommene) stellt eine Ersatzmassnahme dar, wenn ein Asylbewerber zwar aus der Schweiz ausgewiesen wurde, aber «der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar» ist (Art. 83 des Ausländergesetzes). Sobald diese Gründe nicht mehr vorliegen, ist die Ausweisung zu vollziehen.

Das Ziel der vorläufigen Aufnahme ist daher nicht die dauerhafte Integration, sondern der schnellstmögliche Vollzug der Ausweisung. So sieht es das Ausländergesetz in Artikel 84 vor.

Eine Erhöhung der Integrationspauschale für vorläufig Aufgenommene steht also völlig quer in der Landschaft.

Hohe Erwerbsquote trotz hoher Sozialhilfequote?

Der Bundesrat gaukelt eine unnatürlich hohe Erwerbsquote im Flüchtlingsbereich vor, um uns glauben zu machen, dass noch mehr Bemühungen – sprich noch mehr Geld – diese Quote weiter erhöhen werden.

Die Hälfte aller erwachsenen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen sei sieben Jahre nach ihrer Ankunft in der Schweiz erwerbstätig. Diese Angabe beisst sich aber mit der Sozialhilfequote im Flüchtlingsbereich, die seit Jahren stabil zwischen unglaublich hohen 86 – 89 Prozent liegt. Die sehr hohe Sozialhilfequote in Verbindung mit der Erwerbsquote weist darauf hin, dass wohl viele Flüchtlinge etwas arbeiten, sie aber dennoch sozialhilfeabhängig bleiben. Die seit eh und je unverändert hohe Sozialhilfequote im Flüchtlingsbereich lässt ausserdem einen weiteren Schluss zu: Alle bereits getroffenen Integrationsbemühungen, durchgeführten Integrationsprogramme und Heerscharen von eingesetzten Integrationsbeauftragten (vgl. Kasten für Beispiele) bringen nichts.

Einmal mehr versucht man einfach

Beispiele für "Integrationsprogramme"

von Nationalrätin Barbara Steinemann (ZH)



Bei Arbeitsintegrationsprogrammen bezahlt die Gemeinde, damit der Flüchtling arbeiten lernt. Im Kanton Zürich ist der Platzhirsch im Integrationsgewerbe die Asylorganisation Zürich, die u.a. folgende

Programme anbietet: «Paprika» – Restaurant und Catering 1'700 Fr. pro Monat; Handwerkstatt, 1'700 Fr. pro Monat; «Züri rollt. Velostation», 500 Franken pro Monat.

Andere Anbieter bieten den Gemeinden 6-monatige Arbeitstrainingskurse in Holzbearbeitung, textiles Gestalten, Kreativ-Werkstatt, Garten- und Umgebungsarbeiten, Hauswirtschaft, Umzugshilfen und Wohnungsräumungen für 1500 Fr. monatlich an. Das teuerste Arbeitseingewöhnungsprogramm ist bei der Stiftung «work4you» zu finden, wo 16-25jährige für fast ein Jahr ein Arbeitstraining für monatliche 3385 Fr. absolvieren. Für eine «Arbeitsvermittlung» zahlt die Gemeinde 120 Fr. pro Beratungsstunde, für eine «Perspektivenerklärung» in sechs Terminen 720 Fr., für eine Integrationsbegleitung 120 Fr. pro Stunde. Dazu kommen noch die üblichen Sprachkurse, die sich meist über Jahre hinwegziehen, hier rechnen die Gemeinden mit rund 10 000 Fr. Aufwand pro Jahr.

mit noch mehr Geld ein nicht gelöstes Problem zuzudecken.

wegen dem Verdrängungskampf auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten.

Fazit

Anstatt weiterhin hunderte Millionen Franken im Asyl- und Flüchtlingsbereich zu verpulvern, ist es höchste Zeit, für unsere eigenen jungen und älteren Menschen zu sorgen, die es immer schwieriger haben, sich

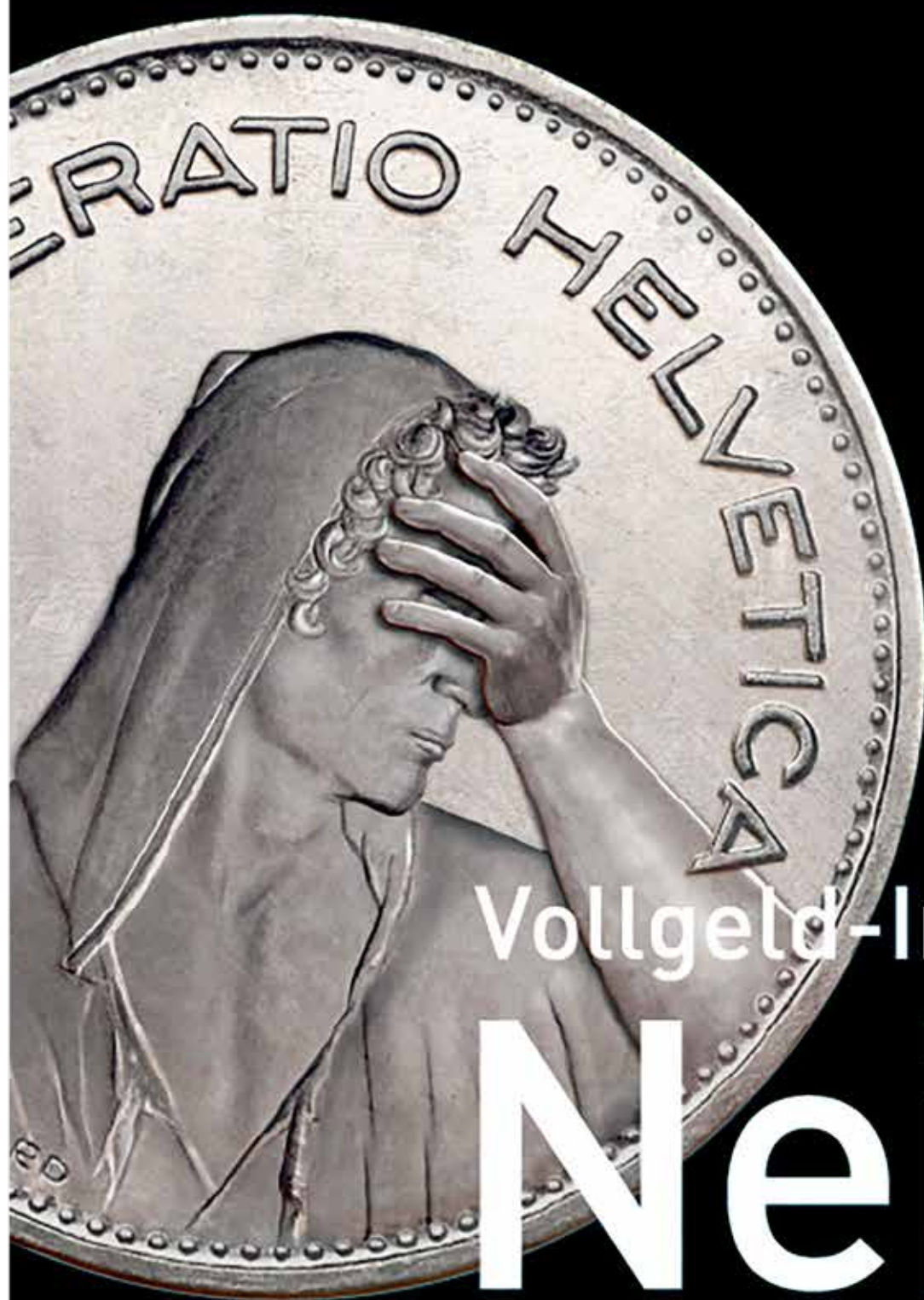
von Nationalrat
Adrian Amstutz
Sigriswil (BE)



INSERAT

**ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**
AAREPTAN 
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Vollgeld macht Kredite für
unsere KMU knapp und teuer.
Das bedeutet: weniger Investitionen
und weniger Wohlstand.



Vollgeld-Initiative

Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch